

Das bevölkerungsreichste Amt im Kreis Wiedenbrück Im Januar 1962 veröffentlichte die Verwaltung neue Zahlen

Anfang des Jahres 1962 veröffentlichte das Amt Verl die Fortschreibung seiner Bevölkerungszahlen: 21 972 Menschen lebten zu diesem Zeitpunkt im Amtsbezirk mit seinen fünf Gemeinden; das waren beinahe 500 mehr im Januar 1961. Die örtlichen Zeitungen – „Die Glocke“, die „Freie Presse“ (heute „Neue Westfälische“) und die „Westfalenzzeitung“ (heute „Westfalenblatt“) – berichteten ausführlich über die Zahlen und deuteten sie auch: Drei Gemeinden waren gewachsen – Liemke um 192 Personen auf 6893 Einwohner, Verl um 166 Personen auf 5579 Einwohner und Sende um 81 Personen auf 4600 Einwohner. Österwiehe mit 1822 Einwohnern hingegen hatte drei Personen verloren, Bornholte mit 3087 Einwohnern fünf. „Beide Gemeinden sind reine Landgemeinden, denen Industrie zur Ansiedlung noch fehlt. Beide Gemeinden werden in Zukunft alle Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um ein weiteres Absinken zu verhindern“, mahnte ein Berichterstatter. Mit seinen gut 22 000 Einwohnern sei das Amt Verl nicht nur das bevölkerungsreichste, sondern auch das schwierigste Amt im Kreis Wiedenbrück, stellte ein anderer fest. Er begründete dies mit den zur Gemeinde Sende gehörenden Häusern der Anstalt Bethel, die mit ihren häufigen Bewohnerwechseln „nicht nur dem Meldeamt rund die Hälfte aller Fälle überhaupt bescheren. Auch in fast allen anderen Abteilungen, so im Paß- und Ausländeramt, im Fürsorgeamt, im Versicherungsamt und Standesamt, gibt es nicht nur Mehrarbeit, sondern gerade aus diesem Gebiet die schwierigsten und zeitraubendsten Einzelfälle“. Deshalb habe das Amt Verl Abstand von einem Beschluß des Jahres 1938 genommen, dass die damals genehmigten sechs Beamtenstellen nicht überschritten werden sollten, und mehrere neue Stellen eingerichtet.

Stärker noch als Bevölkerung und Verwaltung nahm der Kraftverkehr zu: Über ein Drittel gewachsen war seit 1958 die Zahl der Zugmaschinen in der Landwirtschaft, die sich weiter motorisierte, und immer weniger Pferde einsetzte. Gab es 1958 noch 200 Zugmaschinen im Amt Verl, waren es am Ende des Jahres 1961 bereits 328. Vor allem aber hatten sich die Personenkraftwagen nahezu verdoppelt, von 977 im Jahr 1958 auf 1875 am Ende des Jahres 1961. In der Gemeinde Verl mit 536 Pkws besaß damit jeder 10. Einwohner ein Auto. (Heute kommt auf jeden zweiten Einwohner Nordrhein-Westfalens ein Pkw.)

Gelungene Integration

Im Februar 1962 berichtete der Amtsflüchtlingsrat

21 972 Menschen lebten Ende des Jahres 1961 in den fünf Gemeinden des Amtes Verl. 3479 (rund 16 %) von ihnen waren Flüchtlinge und Vertriebene, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Amtsbezirk gekommen waren, oder Personen, die die DDR verlassen hatten. Für sie waren Flüchtlingsbeiräte eingerichtet worden, die sie berieten, bei dem Ausfüllen von Anträgen unterstützten und gegenüber den Behörden ihre Interessen vertraten.

In der ersten Sitzung des Jahres 1962 der Gemeindeflüchtlingsbeiräte des Amtes Verl im Februar berichtete der Vorsitzende des Amtsflüchtlingsbeirats, Georg Wießner aus Verl, über die Tätigkeit der Beiräte in den zurückliegenden 12 Monaten. Die örtlichen Zeitungen sahen danach bestätigt, „daß im ganzen Amt Verl die wirtschaftliche und kulturelle Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen weiter gute Fortschritte gemacht hat und als nahezu abgeschlossen angesehen werden“ könne, da sich „ihr Leben weiterhin normalisiert“ hätte.

Dafür sprächen zwei Entwicklungen: Die zunehmende Errichtung von Eigenheimen durch diese Personengruppen und ihr Eintreten in die Vereine. „Es sei erfreulich“, so Georg Wießner, „daß die Mitarbeit im Vereinsleben im letzten Jahr allenthalben Fortschritte gemacht habe. Es gebe bald keinen Verein mehr im Amt Verl, in dem nicht Einheimische und Neubürger Hand in Hand an den gleichen Idealen arbeiteten“. Noch enger jedoch werde die Bindung an die neue Heimat durch die Errichtung eines eigenen Hauses.

In der Sürenheide hatte beispielsweise die „Deutsche Bauernsiedlung“, eine in Düsseldorf ansässige Siedlungsgesellschaft, seit 1960 Grundstücke „für die Ansiedlung ostvertriebener Landwirte“ gekauft. Hier entstanden an der Elbinger, der Pillauer, der Tilsiter, der Allensteiner, der Ermland- und der Tannenbergsstraße insgesamt 115 sogenannte Siedlerstellen.

Manchmal jedoch mussten die Behörden auch andere Belange berücksichtigen: So plante die „Deutsche Bauernsiedlung“ 1962 eine landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlung in der Pausheide, die von der bereits bestehenden Siedlung aber durch ein Wiesengrundstück getrennt sein würde. Die Kreisverwaltung konnte, um einer Zersiedlung entgegenzuwirken, dieses Vorhaben nicht genehmigen.

„Kanalisierte Einwohner“

Im März 1962 fassten die Gemeinderäte wichtige Beschlüsse

Für die Entwässerung der neuen Siedlungsgebiete, die im Bezirk des Amtes Verl seit den 1950er Jahren entstanden waren, und derjenigen, die noch im Entstehen begriffen waren, waren die politischen Gemeinden verantwortlich. Deshalb war der Bau von Abwasserkanälen ein Thema, das die Gemeinderäte immer wieder beschäftigte. Im März 1962 hatten die Ratsmitglieder in Verl und in Sende darüber Entscheidungen zu treffen.

In der Sürenheide war ein ganz neues Kanalnetz für die bereits bestehende Wohn- und die geplante Industriebebauung zu schaffen. Nach dem Entwurf eines Ingenieurs aus Gütersloh sollte nach dem Verfahren des Trennsystems entwässert werden: Das Oberflächen- oder Regenwasser würde an der ebenfalls noch zu bauenden Kläranlage vorbei unmittelbar in den Ölbach geführt werden, während das Schmutzwasser aus den Haushalten und den Betrieben erst in der sogenannten Schreiber-Anlage, einem mechanisch-biologischen Klärwerk, gereinigt würde. Es war für 3000 Einwohner ausgelegt. Damit würde es, wie im Dorf Verl, so „auch in der Sürenheide bald ‚kanalisierte Einwohner‘“ geben, schrieb ein Zeitungsredakteur.



Die Ansichtskarte mit Motiven aus der Sürenheide, die zum Ende der 1950er Jahre erschienen ist, gibt mit dem „Siedlungsmotiv“ oben rechts einen Blick in die zu diesem Zeitpunkt noch nicht kanalisierte, unbefestigte Breslauer Straße wieder.

Die Gemeinde Sende hatte ebenfalls den Fachmann aus Gütersloh mit der Planung ihrer Kanalisation beauftragt. Der Ingenieur beschrieb die Entwässerung des östlichen Teils der Gemeinde mit mehreren Siedlungsgebieten und dem Bereich um die St.-Heinrich-Kirche und die Elbracht-Schule (heute Teil der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock) als schwierig und kostspielig. Sein Entwurf sah den Bau von über 8000 Metern Kanalleitungen und einer Kläranlage vor. Er wurde vom Rat befürwortet, zumal die Gemeinde die Kosten von nahezu einer Million D-Mark nicht alleine würde tragen müssen, sondern mit einer staatlichen Beihilfe von bis zu 80 Prozent rechnen durfte. Die Arbeiten sollten mit dem Bau der Kläranlage und des Hauptsammlers beginnen.

Wenn die Abwasserkanalisation fehlt

Im April 1962 berichteten die Zeitungen über die Sender Straße

Dass die Sender Straße im Dorf Verl wie die Hauptstraße und die Straßen in den Neubaugebieten eine Abwasserkanalisation erhalten sollte, war seit Jahren der Wunsch ihrer Anwohnerinnen und Anwohner. Doch immer wieder hatte der Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss aufgeschoben, mit der Begründung, dass andere Vorhaben wichtiger wären als dieses kostspielige Anliegen einiger weniger. Im April 1962 war durch eine Eingabe der Anwohner die Kanalisation der Sender Straße abermals Gegenstand der Tagesordnung, und wieder stellte der Rat eine Entscheidung zurück.

Dies veranlasste eine der örtlichen Tageszeitungen, sich die Verhältnisse „an Ort und Stelle“ schildern zu lassen. Die Anwohner auf der Nordseite der Sender Straße, deren Grundstücke an die Umflut des Ölbachs grenzten, leiteten ihre Abwässer über sie in den Bach. Die Anlieger auf der Südseite mussten ihre Abwässer auf ihren Grundstücken versickern lassen. Beiderseits der Straße entstanden so in der warmen Jahreszeit unerträgliche Gerüche. Diejenigen Anlieger, die ihr Toiletten- und Schmutzwasser versickern lassen mussten, setzten sich außerdem einer gesundheitlichen Gefährdung aus, da sie ihr Trinkwasser aus ihren auf denselben Grundstücken gebohrten Brunnen gewannen.



Auch die St.-Anna-Gemeinde wehrte sich gegen die wegen der fehlenden Kanalisation unhygienischen Verhältnisse nahe ihrer Kirche.

Die Ansichtskarte aus dem Jahr 1959 zeigt einen Blick von Süden auf St. Anna; im Vordergrund sind die Rückseiten der Häuser Hauptstr. 30 (Raestrup) und Kirchplatz 7 (Paulfeuerborn) zu sehen.

Auch die St.-Anna-Kirche und ihre Gemeinde waren betroffen: 7000 Gemeindemitglieder besuchten an Sonn- und Feiertagen die fünf Gottesdienste – und die Kirche hatte keine Toilettenanlage, sondern es war lediglich in einer Ecke eine Bretterwand als „sanitäre Einrichtung“ vorhanden. Dieser unhygienische Tatbestand würde sich erst mit dem Anschluss an die Kanalisation ändern lassen; deshalb hatte auch die Kirchengemeinde die Eingabe unterzeichnet.

Der Redakteur überließ in seinem Bericht den Befürwortern der Kanalisation das letzte Wort: Aus Gesundheitsgründen sei es „wohl doch ratsamer, den übelriechenden Unrat dorthin abzuführen, wohin er gehöre: in eine ordentlich funktionierende Kanalisation und nicht auf die eigenen Gartenbeete“. Die Worte fanden Gehör: Im Oktober 1962 begann die Verlegung von Kanalrohren in der Sender Straße im Dorf Verl.

Bevölkerungsnaher Verwaltungsarbeit

Im Mai 1962 wurde die Amtsnebenstelle in Schloß Holte 10 Jahre alt

Im Jahr 1962 gehörte die Gemeinde Liemke, die 1964 auf ihren eigenen Wunsch den Namen Schloß Holte erhalten sollte, noch dem Amt Verl an. Doch verfügte sie bereits über eine Einrichtung, die ihr Streben nach Eigenständigkeit verkörperte: die sogenannte Amtsnebenstelle, die im Mai 1962 seit 10 Jahren bestand.

Liemke war seit Jahrzehnten die bevölkerungsreichste Gemeinde des Amtes und besaß mit der Ortschaft Schloß Holte einen eigenen, von der Amtsverwaltung in Verl gut 10 Kilometer entfernten Mittelpunkt. Seit dem Ende des Krieges 1945 hatte die Gemeinde eine eigene Verwaltung gefordert: Denn die Amtsverwaltung hatte zwar eigens Sprechstunden in Liemke eingerichtet, aber „mit allen wesentlichen Dingen“ hatten sich die Bürgerinnen und Bürger dennoch auf den weiten Weg nach Verl machen müssen, erinnerte eine der örtlichen Zeitungen. Da die anderen vier Gemeinden – Verl, Bornholte, Sende und Österwiehe – Liemke nicht aus dem Amtsverband hatten entlassen wollen, hatten sich ihre Vertreter darauf geeinigt, dass in Schloß Holte eine Amtsnebenstelle eingerichtet werden sollte.

Diese Nebenstelle – eröffnet am 19. Mai 1952 – befand sich zunächst in einem Gebäude am Bahnhof und erfreute sich sofort einer regen Nutzung, auch aus dem östlichen Teil der angrenzenden Gemeinde Sende. Versicherungs-, Wohlfahrts- und Wohnungsangelegenheiten konnten hier erledigt werden; ab dem 1. Januar 1954 kamen ein eigenes Standesamt und ein Einwohnermeldeamt hinzu. Als sich der gepachtete Raum am Bahnhof als zu klein herausstellte, begann die Gemeinde Liemke mit der Planung eines eigenen Hauses. Am 7. November 1955 war die Amtsnebenstelle in den mit dem Gemeindewappen geschmückten Neubau in der Bahnhofstraße 54 (heute Polizei) eingezogen; die feierliche Einweihung folgte am 9. Februar 1956. Seitdem hätte sie ihre „bevölkerungsnaher Verwaltungsarbeit“ fortgesetzt, lobte ein Zeitungsredakteur.



Im „Wappenbuch der westfälischen Gemeinden“ findet sich auch das Wappen, das der Gemeinde Liemke 1938 verliehen wurde. Der Wellenbalken sollte auf die namensgebende „Lindbeke“ verweisen, der Eichenbaum den Holter Wald versinnbildlichen.

Ihre Eigenständigkeit erlangte die Gemeinde Schloß Holte 14 Jahre später mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur kommunalen Neugliederung zum 1. Januar 1970, das größere und leistungsfähigere Verwaltungseinheiten schaffen sollte. Durch dieses Gesetz wurden die fünf Gemeinden des Amtes Verl zu zwei neuen zusammen geschlossen: zu Verl (mit Verl, Bornholte, Österwiehe und dem westlichen Teil Sendes) und Schloß Holte (mit dem östlichen Teil Sendes), das nun allerdings mit dem benachbarten Stukenbrock verbunden wurde.

Der Rat tagt in der Sürenheide

Im Juni 1962 verfolgen Interessierte eine Ratssitzung in der Gastwirtschaft Ohlmeyer

Im Juni 1962 trat der Rat der Gemeinde Verl einmal nicht im Amtshaus in Verl, sondern in der Gastwirtschaft Wilhelm Ohlmeyer am Brummelweg in der Sürenheide zusammen. Mit der Wahl dieses Ortes wollte er der dortigen Bevölkerung die Gelegenheit geben, an einer solchen Sitzung teilzunehmen, ohne dass sie sich dafür auf den Weg nach Verl machen musste. „Mehr als ein Dutzend interessierte Bürger, in der Mehrzahl Frauen“, zählte der Berichterstatter einer örtlichen Tageszeitung. Sie verfolgten, wie die Ratsmitglieder eine umfangreiche Tagesordnung abarbeiteten – von der Verabschiedung des Nachtragshaushaltsplanes über Bau- und Planungsangelegenheiten bis hin zu einem Bericht von Amtsdirektor Dr. Klose unter der Überschrift „Rückblick und Ausschau in der kommunalen Arbeit“.

Alle Punkte berührten auch die Sürenheide. So würde der Haushaltsplan eine Kanalbaurücklage von 100 000 DM aufweisen, die für den für das nächste Jahr hier geplanten Bau des Klärwerks und der Kanalisation verwendet werden sollten. Für eine Erweiterung des Wohngebietes Sürenheide wollte Wilhelm Barkey im Flächennutzungsplan bislang als forstwirtschaftliche Flächen ausgewiesene Grundstücke im Landschaftsschutzgebiet verkaufen. Der Gemeinderat erklärte sich unter der Voraussetzung damit einverstanden, dass die Forstbehörde der Nutzungsänderung zustimmen würde und die Grundstücke an die geplante Kanalisation angeschlossen werden könnten. Auch gegenüber der Gastwirtschaft Ohlmeyer, in der man gerade tagte, sollte auf 8000 Quadratmetern ein neues Siedlungsgebiet entstehen.

Um dem Siedlungsbau Ordnung zu geben, wies Dr. Klose in seinem die Sitzung beschließenden Bericht darauf hin, dass ein Bebauungsplan für die Sürenheide „jetzt vordringlich sei, sonst werde man später sicher feststellen müssen, daß hier manches falsch gelaufen sei. Man will versuchen, das Büro von Dr. Reichow (Sennestadt) mit der Planung zu beauftragen“. Tatsächlich entstand einige Jahre nach dieser Sitzung in der Sürenheide die Helfgerd-Siedlung nach den Plänen des Architekten Hans-Bernhard Reichow, in einer betont städtisch-verdichteten und daher im Verler Land fremd wirkenden Hochhaus-Bauweise.



Eine Fotografie aus der Sammlung des Stadtarchivs mit den Hochhäusern der Helfgerd-Siedlung kurz nach ihrer Fertigstellung 1973. Die Gebäude sollten die Fortschrittlichkeit der jungen Großgemeinde Verl bezeugen.

Die Frau in Familie und Beruf

Im Juli 1962 hielt die Bundestagsabgeordnete Maria Jacobi einen Vortrag

In Verbindung mit dem christlichen Frauenbildungswerk Ostwestfalen-Lippe hatte die Kreisvereinigung der Frauen in der CDU im Juli 1962 die Bundestagsabgeordnete Maria Jacobi zu einem Vortrag nach Verl eingeladen. Frau Jacobi, Fraktionsvorsitzende der CDU in ihrem sozialdemokratisch geführten Wohnort Marl, gehörte gleichzeitig im Deutschen Bundestag in Bonn dem Ausschuss für Familienfragen an. In Verl sprach sie zunächst über die Möglichkeiten der Frauen, politisch zu wirken. Dies täten bereits alle Frauen, „wenn sie mit lebendigem Interesse bei den Dingen sind und sie im Kreise der Familie erörtern. In der Hand der Frau liegt es, die Söhne und Töchter zu verantwortungsbewusstem politischen Denken zu erziehen“ und damit einen „erheblichen Beitrag zum Besten der Demokratie“ zu leisten, gab eine der örtlichen Zeitungen die Ausführungen der Rednerin wieder. Außerdem wäre es Aufgabe der Frau, dafür zu sorgen, dass nicht nur die Söhne, sondern auch die Töchter eine ihren Begabungen entsprechende Ausbildung erhielten. Zwar ging Frau Jacobi noch davon aus, dass die jungen Frauen bei der Eheschließung den Beruf aufgäben, betonte aber, dass sie durch ihre darin gesammelten Erfahrungen „Wesentliches für sich und ihre Familie“ gewöhnen. Wenn die Kinder dann erwachsen wären, könnten die „Frauen über 45“ wieder in ihren Beruf zurückkehren – viele wünschten sich dies, um sich weiterhin ausgelastet zu fühlen. Auch bräuchte die Wirtschaft ihre Arbeitskraft durchaus. Weil jedoch „alles noch viel zu sehr auf den Mann abgestellt“ wäre, bedürfte es weiterhin „einiger Phantasie, die Arbeitsbedingungen für die Frau umzustellen“. Frau Jacobi hoffte hier auf die zugesagte Unterstützung der Gesundheitsministerin Dr. Schwarzhaupt, aber auch des Familienministers Wuermeling und des Arbeitsministers Blank. Der Vortrag, so berichtete die Zeitung, regte die Zuhörerinnen nach seinem Ende zu lebhaften Gesprächen an. Sie verabschiedeten sich voneinander mit dem Vorsatz, das Gehörte an andere Frauen weiterzugeben.

Maria Jacobi blieb bis 1972 Mitglied des Bundestages. Sie starb 1994 im Alter von 88 Jahren in Bornheim. Um ihr Andenken zu ehren, verleiht der CDU-Stadtverband Marl einen Maria-Jacobi-Preis an Menschen, die ehrenamtlich tätig sind.

Wetter selbst machen an Verler Leben

Verl vor 50 Jahren: Im August 1962 besuchten die Verler ihren Sommermarkt

Wie stark die Landwirtschaft und das „Verler Leben“ im August 1962 noch miteinander verbunden waren, verdeutlichen die Zeitungsberichte darüber. „Der große Sommermarkt des Verler Landes ist für einen Landwirt kein überflüssiges Vergnügen, sondern durchaus eine Sache, die Anregungen gibt und kleinere und größere Anschaffungen für jedermans ‚Wiärks‘ (Arbeiten) zu Hause ermöglicht“, schrieb ein Redakteur. Die Landwirte lockte in diesem Jahr besonders eine umfangreiche Ausstellung von Landmaschinen, und sie kamen trotz der Erntezeit in großer Zahl, weil Regen die bereits zu Hocken zusammengesetzten Getreidegarben durchnässt und so das Einfahren verhindert hatte.

An dem regnerischen Mittwoch hatte das Volksfest auf dem Platz vor dem Bahnhof (dem heutigen Marktplatz und Busbahnhof) begonnen – mit den Geschäften der Schausteller, ihren Karussells, Schiffsschaukeln, einem Autoskooter („Autoselbstfahrer“) und Schießbuden sowie Tanz und Musik in einem Festzelt und in den Sälen und Gastwirtschaften des Dorfs. Der Haupttag jedoch war der Donnerstag mit der oben erwähnten Landmaschinenschau und dem Vieh- und Krammarkt – und besserem Wetter, was eine Zeitung als Beweis dafür sehen wollte, „daß die Verler in der Lage sind, ihr Wetter selbst zu machen“. Auf dem Viehmarkt wurden vor allem Ferkel gut verkauft, während der Auftrieb an Großvieh, also an Pferden und Rindern, weiterhin abgenommen hatte. (Bis zum Mittag waren hier schon alle Geschäfte getätigt.) Auf dem Krammarkt gab es Stände mit Textilien und Haushaltsartikeln, aber auch Obst – sehr gefragt waren Bananen – und Süßigkeiten. In diesem Bereich war ein Marktschreier, ein sogenannter Billiger Jakob, eine besondere Attraktion. Laut rufend verkaufte er Schokolade und Pralinen. „Einen gepfefferten Humor“ gab es, wie ein Redakteur beobachtete, gratis dazu.



Eine Ermahnung auf einem Plakat aus dem Jahr 1949 im Stadtarchiv.

Volksfest in Sende

Im September 1962 löste Theodor Helfberend eine Wette ein

Im September 1962 fand in Sende zum zehnten Mal in Folge ein Volksfest statt, das 1952 aus einem schon länger dort abgehaltenen Viehmarkt hervorgegangen war. Schauplatz des dreitägigen Festes – Erntedankfest, Markt und Kirmes – war der sogenannte Dreiecksplatz (heute Paul-Lükewille-Platz), wo die Holter Straße (heute die Sender Straße) von der Eckardtsheimer Straße abzweigte; damals wie heute der „Busbahnhof“ in Sende.

Das Fest begann am Samstag mit einem besonderen Ereignis: Theo Helfberend (1907-1979), der Wirt der am Dreiecksplatz und an der Eckardtsheimer Straße gelegenen Gastwirtschaft „Friedenslinde“, löste eine Wette ein: Er hatte versprochen, dass er die Strecke als Leierkastenmann abgehen und dabei Geld für das Müttergenesungswerk sammeln würde, wenn die Eckardtsheimer Straße von Kracks bis Verl endlich neu ausgebaut wäre – der schlechte Zustand der Straße hatte lange den Besuch seiner Gastwirtschaft beeinträchtigt.



Die Ansichtskarte zeigt den Eingang, den Garten und die Innenräume der Gastwirtschaft „Friedenslinde“ in Sende.

Sie wurde im Jahr 1958 verschickt und wird jetzt im Stadtarchiv aufbewahrt.

Nun war der Straßenbau abgeschlossen, und Theo Helfberend begann am Samstag um 14 Uhr am Bahnhof Kracks in Frack und Zylinder und mit einer Drehorgel seinen gut acht Kilometer weiten Weg nach Verl. Zweieinhalb Stunden brauchte er mit seinem kleinen Gefolge von Ponywagen, Radfahrern und Zeitungsberichterstatlern nach dort.

Zurück zu seiner Gastwirtschaft ließ er sich im Ponywagen fahren; die letzten Meter ging er zu Fuß und ließ noch einmal die Drehorgel erklingen. Damit war die Kirmes mit Karussell, Raupenbahn, Schieß- und Bierständen am Samstagabend eröffnet und setzte sich am Sonntag fort. Der Montag war der Tag des Vieh- und Krammarkts, auf dem, wie ein Redakteur berichtete, drei Rinder und gut 150 Ferkel angeboten wurden. Ein Regenschauer ließ die Marktbesucher jedoch bald den Gastraum der „Friedenslinde“ aufsuchen, deren Wirt als Leierkastenmann am Samstag beinahe 600 Mark gesammelt hatte.

Die neben der Gastwirtschaft stehende „**Friedenslinde**“ wurde am 2. April 1913 im Beisein des Amtmanns und der Gemeindevertreter gepflanzt.

Sie sollte an den Eintritt Preußens (an der Seite Russlands und Österreichs) in den Krieg gegen Frankreich im Jahr 1813 erinnern, der 1814 mit einem „Sieg-Frieden“ endete.

„Weiträumige und weitschauende Planung“

Im Oktober 1962 war die Flächennutzungsplanung zu beraten

Im Oktober 1962 schilderten die örtlichen Zeitungen die Bemühungen der Amtsverwaltung und der Gemeinde Verl, der Gefahr der Zersiedlung zu begegnen, die von der weiterhin zunehmenden Bautätigkeit im Gemeindegebiet ausging. Wie schon im Juni, als der Rat in der Sürenheide getagt hatte, wies Amtsdirektor Dr. Klose erneut darauf hin, wie wichtig dafür eine durchdachte Flächennutzungs- und Bebauungsplanung war – zumal „nach den Zielen der Landesplanung in der Gemeinde Verl ein Siedlungsschwerpunkt liege. Es sei deshalb unbedingt erforderlich, daß hier eine Grundkonzeption entwickelt werde, um eine gute städtebauliche Ordnung zu erhalten“, erläuterte er dem Rat.

Da aber „eine weiträumige und weitschauende Planung“ so zeitaufwendig war, dass die entsprechende Stelle der Kreisverwaltung diese Aufgabe nicht übernehmen konnte, musste ein selbständiger Planer beauftragt werden. Dies sollte Dipl.-Ing. Prof. Dr. Reichow sein, der die Sennestadt entworfen hatte und auch für die Planungen in der Sürenheide in Aussicht genommen worden war. Er hatte bereits vor dem Bau- und Planungsausschuss gesprochen und erklärt, für die Gemeinde Verl den Flächennutzungsplan neu entwickeln und entsprechende Bebauungspläne aufstellen zu wollen. Die Mitglieder des Ausschusses waren von dem Architekten beeindruckt: Er sei „der richtige Mann“, dem sich die Gemeinde „voll anvertrauen könne“, bekräftigten sie die Ausführungen des Amtsdirektors.

Gleichzeitig berichteten die Zeitungen über den Fortgang bereits genehmigter Bauvorhaben: Zwischen Sürenheider Straße und Bükersweg waren „früher mit Hühnerställen bebaute Grundstücke“ in Bauplätze aufgeteilt worden. Inzwischen war hier eine kleine Siedlung entstanden, mit einer eigenen Kläranlage – dies war die Bedingung für die Genehmigung gewesen. In der Sürenheide begannen sich in der Nachbarschaft der bereits bestehenden Wohngebiete die ersten Industriebetriebe auf den dafür ausgewiesenen Flächen niederzulassen. Die Redakteure begleiteten das Geschehen wohlwollend, war es doch Zeichen zunehmenden wirtschaftlichen Wachstums und Wohlstands.

Die Feuerwehr im Mittelpunkt

Im November 1962 sprachen die Amtsvertreter über Feuerwehrangelegenheiten

Im November 1962 trat die Amtsvertretung im Amtshaus in Verl zusammen, um über Feuerwehrangelegenheiten zu beraten. Denn hier lag etwas im Argen: Das „Gesetz über Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen“ legte im Zusammenhang mit der Amtsordnung fest, dass die Ämter Träger des Feuerschutzes waren. Das Amt Verl und seine fünf amtsangehörigen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Liemke und Österwiehe hatten schon 1933 eine entsprechende Vereinbarung getroffen, nach der die Beschaffung und Unterhaltung der Feuerwehrgeräte sowie die Personal- und Sachkosten für die drei Freiwilligen Feuerwehren im Amtsbezirk aus einem Amtsetat erfolgen sollte. Doch bei den Feuerwehrgerätehäusern waren die Beteiligten in jüngerer Zeit von dieser Verabredung abgewichen: Ihren Bau hatten die Gemeinden zu ihrer Angelegenheit gemacht. So hatte das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Schloß Holte mit einer Dienstwohnung für den Gerätewart in den Jahren 1949-1952 die Gemeinde Liemke und nicht das Amt Verl gebaut – jetzt, im November 1962, wo ein Um- und Erweiterungsbau des Hauses bevorstand, gelangte dies den Verantwortlichen wieder in das Bewusstsein. In Kaunitz war das baufällige Gerätehaus 1955 niedergerissen worden; seitdem hatte die Gemeinde Liemke eine Unterkunft für die dortige Freiwillige Feuerwehr angemietet, nicht das Amt Verl. Und das neue Gerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr Verl aus dem Jahr 1960 mit seinen drei Fahrzeugboxen, einem Unterrichtsraum und der Dienstwohnung für den Fahrzeugwart am Marktplatz hatte ebenfalls nicht das Amt, sondern die Gemeinde Verl bezahlt. (Das alte, 1961 abgebrochene Feuerwehrgerätehaus in Verl an der Gütersloher Straße hingegen hatte 1890-1891 das Amt errichten lassen.)



Das neue Feuerwehrgerätehaus in Verl mit den Fahrzeugen des Löschzugs im Jahr 1963.

Angesichts dieser Umstände hatte auch das Gemeindeprüfungsamt des Kreises bereits haushaltsrechtliche Bedenken geäußert: Es wurde also „unbedingt notwendig, hier klare Verhältnisse zu schaffen“, drängte Amtsdirektor Dr. Klose. Und es wurde eine Lösung gefunden: Die Amtsvertretung beschloss, dass das Amt ab dem 1. Januar des kommenden Jahres alle Feuerwehrgerätehäuser für 1 DM je Quadratmeter anmieten sollte.

Die Eltern konnten sich nicht einigen

Im Dezember 1962 ging es um Schulzusammenlegungen

Im Dezember 1962 beschäftigte die Eltern in den Gemeinden Österwiehe und Sende auf Einladung ihrer Räte und der Amtsverwaltung die Frage: Sollten die bisherigen kleinen Schulen beibehalten oder sollten sie zusammengelegt werden? Die örtlichen Zeitungen begleiteten die zu diesem Gegenstand einberufenen Versammlungen.

In Österwiehe sprachen sich die Eltern für die Beibehaltung der kleinen Schulbezirke Vorbeck und Spitzkrug aus: Zu beschwerlich schienen ihnen die weiten Schulwege für ihre Kinder in einem einzigen großen Schulbezirk, dessen Mittelpunkt die neue Dorfschule in Kaunitz werden sollte. Dies wog für sie schwerer als die Fülle von Vorteilen, die Vertreter der Bezirksregierung in Detmold und der Schulverwaltung des Landkreises Wiedenbrück für die neue Schulform aufzählten: Für eine Schulzusammenlegung und den Bau einer neuen großen Schule sprächen nicht nur der „individuellere“ Unterricht von gleichaltrigen Kindern in jeweils einer von vier Klassen (statt des bisherigen Zusammenseins unterschiedlich alter Kinder in nur einer Klasse). Auch gewönnen die Gemeinden damit bessere Zuschussmöglichkeiten, modernere Räumlichkeiten mit den notwendigen Nebenräumen wie Gymnastikhallen und – neue Lehrkräfte. Viele der alten Landschullehrer stünden kurz vor dem Ruhestand, und für sie fänden sich keine Nachfolger mehr. Junge Lehrerinnen und Lehrer würden nicht mehr für einklassige Schulen ausgebildet; davon abgesehen wollten sie aber auch nicht aufs Land, weil sie dort viele Nachteile sähen: schlechtere Weiterbildungsmöglichkeiten für sich und ihre Kinder, fehlende Aufstiegsmöglichkeiten, schlechtere Bezahlung und niedrigere Ortszuschläge. Die Bildung größerer Schulbezirke mit modernen Schulen hingegen würde junge Kräfte anlocken. Die weiteren Schulwege ließen sich mit Schulbussen überbrücken.

Die Eltern in Sende konnten sich nicht einigen: Diejenigen, deren Kinder die Schule Sende-Lehmkuhl besuchten, wollten wegen der kurzen Wege an der alten Schulform festhalten; die, deren Kinder nach Sende-Brisse und Sende-Ebbinghaus gingen, konnten sich den Bau einer großen Schule in einem einzigen Schulbezirk gut vorstellen.



Die Tage der kleinen Landschulen waren gezählt: Die Fotografie aus dem Stadtarchiv zeigt die ehemalige Schule Österwiehe-Spitzkrug (heute Neuenkirchener Straße) ein Jahr nach ihrer Schließung, 1972.